

# Pressemitteilung

**Charlotte v. Kielmansegg**  
Pressereferentin  
Evangelische Kirche Berlin-Brandenburg-  
schlesische Oberlausitz  
Georgenkirchstraße 69  
10249 Berlin  
Tel 030 · 2 43 44 - 382  
presse@ekbo.de  
www.ekbo.de

## „Wir stehen an Eurer Seite“

*EKD-Flüchtlingsbischof Christian Stäblein traf sich zum Hintergrundgespräch mit Organisationen der zivilen Seenotrettung*

**Berlin, 26. Januar 2023** - Gestern trafen sich der Beauftragte für Flüchtlingsfragen in der EKD, Bischof Christian Stäblein und Vertreterinnen und Vertretern der zivilen Seenotrettung (United4Rescue, SOS Humanity, Sea-Eye und Sea-Watch) zu einem von United4Rescue initiierten Hintergrundgespräch im Konsistorium der Evangelischen Kirche Berlin-Brandenburg-schlesische Oberlausitz (EKBO). Es ging um die aktuellen Herausforderungen der zivilen Rettungsorganisationen und Unterstützungsmöglichkeiten der Kirche. Kernpunkte des Gespräches waren die aktuelle Lage auf dem Mittelmeer, existierende politische Hürden und der Rückgang von Spenden.

Bischof Christian Stäblein würdigte die Arbeit der zivilen Seenotrettung und bekräftigte erneut die Unterstützung der Evangelischen Kirche. „Wir müssen alles tun, um die Rettung Geflüchteter in Seenot möglich zu machen und zu vereinfachen. Man lässt keine Menschen ertrinken. Punkt. Wir dürfen sie auch nicht wochenlang auf unwürdige Weise auf Schiffen ausharren lassen, weil die Schiffe keinen Hafen zugewiesen bekommen. Was die vielen freiwilligen Helferinnen und Helfer der Seenotrettung täglich auf die Beine stellen, um Menschen vor dem Ertrinken zu retten, findet meine höchste Anerkennung. Sie sorgen dafür, dass die Würde und die Werte, die uns verbinden, nicht mit ertrinken. Wir stehen an ihrer Seite.“

Die zurzeit in Deutschland diskutierte Änderung der Schiffssicherheitsverordnung würde künftig kleineren Rettungsschiffen das Ausfahren erheblich erschweren. Diese Anforderungen wären für die zivile Seenotrettung schiffbaulich und rechtlich nicht umsetzbar oder aber mit einem Kostenaufwand verbunden, der in der Praxis einem Verbot gleichkommen würde. In Italien sind die Rettungsorganisationen mit einem neuen Dekret der italienischen Regierung konfrontiert, welches unter anderem Mehrfachrettungen verbieten will. Außerdem erschweren ausbleibende Spenden und die aktuelle starke Preissteigerung zunehmend die Arbeit der Flüchtlingsorganisationen.

Die EKBO ist Bündnispartnerin von United4Rescue. Das Bündnis verbindet mehr als 850 Organisationen und Gruppen, die dem tausendfachen Sterben im Mittelmeer nicht tatenlos zusehen wollen. Die zivile Seenotrettung leistet weiterhin einen unverzichtbaren Beitrag im Kampf gegen die tödliche Abschottungspolitik der EU.

*Eine Abmeldung vom Presseverteiler ist jederzeit formlos unter [presse@ekbo.de](mailto:presse@ekbo.de) möglich*